

Freiheit oder totale Kontrolle – Das Internet und die Grundrechte

Hella Klauser

Zum 7. Mal wird Anfang November 2012 das Internet Governance Forum (IGF)¹ stattfinden, das die Steuerung und Entwicklung des Internets auf globaler Ebene thematisiert. In diesem Jahr wird der „Weltgipfel des Internet“ in Baku, Aserbaidschan, stattfinden und Vertreter aus Politik, Privatwirtschaft, internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft zusammenführen. Auch der internationale Bibliotheksverband IFLA² wird wie in den Vorjahren wieder dabei sein, um die bedeutende Rolle von Bibliotheken in der modernen Informationsgesellschaft in die Diskussionen einzubringen. Resultierend aus den beiden Weltgipfeln zur Informationsgesellschaft (WSIS) 2003 in Genf und 2005 in Tunis, die erstmals Themen wie Information und Kommunikation und die globale Informationsgesellschaft diskutierten, entstand das Internet Governance Forum, das 2006 formell vom Generalsekretär der Vereinten Nationen ohne eigene Entscheidungsbefugnis einberufen wurde und dessen Aufgabe es ist, eine Vielzahl von Themen des Internets wie Urheberrechtsfragen, Überwindung der digitalen Spaltung, Schutz der Privatsphäre und Freiheit der Meinungsäußerung im Netz zu diskutieren. Das Thema für die Konferenz in Baku lautet „Internet Governance for Sustainable Human, Economic and Social Development“.

Verschiedene Länder und Regionen der Welt, so auch Europa und u.a. USA, Dänemark, Italien, Russland, Ukraine, Finnland, Schweden, Spanien und auch Deutschland haben regionale und nationale IGF-Initiativen gegründet, um die Diskussionen der Jahrestreffen auf nationaler oder regionaler Ebene vorzubereiten.

Am 7. Mai 2012 kamen in Berlin rund 80 deutsche Vertreter aus Politik, der Zivilgesellschaft, aus Verbänden und der Wirtschaft zum 4. deutschen Internet Governance Forum³ in Berlin zusammen, um zu dem Thema „Das Verhältnis von Internet und den Grund- und Menschenrechten“ die Stichpunkte aus deutscher Sicht für die Teilnahme in Baku zusammenzutragen.

Schon die Wahl des Redners für den Einstiegsvortrag machte deutlich, dass es bei diesem Treffen nicht um technische Entwicklungen des Internets gehen würde. Der ehemalige Kulturstaatsminister Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin widmete sich in einem philosophischen Diskurs dem Thema Internet als Menschenrecht. Er bestätigte auch die Bedeutung der allgemeinen Bildung als Voraussetzung für die

1 <http://www.intgovforum.org/cms/>

2 <http://www.ifla.org/>

3 <http://igf-d.de/programm-igf-d-2012/>

Teilnahme am verantwortlichen Mitwirken in einer demokratischen Gesellschaftsform.

Auch die folgenden Diskussionsrunden des Konferenztages stellten das Verhältnis von Internet und Grundrechten in den Mittelpunkt. Die erste Diskussionsrunde mit Vertretern aus der Politik (Jimmy Schulz, Mdb/FDP und Mitglied der Enquete-Kommission Internet und Digitale Gesellschaft⁴ und Martin Fleischer, Leiter des Koordinierungsstabes Cyber-Außenpolitik, Auswärtiges Amt), mit Peter Franck vom Chaos Computer Club e.V. und mit Michael Rotert, dem Vorsitzenden des Verbands der deutschen Internet-Wirtschaft (eco) e.V., stellte sich dem Thema „Internet-Freiheit und Cyber-Security: Internationale Zusammenarbeit“. Es wurde auf die Tatsache hingewiesen, dass das Internet aus einer westlich demokratischen Prägung heraus entwickelt wurde, aus einer Haltung heraus, der unsere Wertvorstellungen zugrunde liegen. Vielleicht ist das einer der Gründe, warum in Deutschland bisher kaum die Diskussion über die Gefahren des Internets im Hinblick auf Privatsphäre und Wahrung der Grundwerte geführt wurde. Dass das Internet immer so bleiben wird, wie es derzeit ist – global, zugänglich, grenzenlos – ist nicht gesichert. Und es ist auch nicht gesichert, dass das Internet „nur“ das ist, was wir von ihm kennen: „Kein Mensch weiß, ob die Soft- und Hardware, die wir nutzen, wirklich nur das kann, was sie können soll“, so Jimmy Schulz. Internet – ein Instrument der grenzenlosen Freiheit und / oder eines der kompletten Kontrolle? Auch Jan Mönikes, Vorstandsmitglied von Internet Society German Chapter, ist vorsichtig und weist auf die Manipulierbarkeit des Internets durch den Menschen hin: „Das Internet ist kein Naturraum, das ist nichts, was wir vorgefunden haben. Das haben Menschen gemacht und entschieden.“

Wie kann also, so die Diskussion, die Sicherheit bei einer freien Internet-Nutzung gewährleistet werden und wer kann dies übernehmen? Sollte durch eine gesetzliche Grundlage, eine Art globale Internet-Verfassung, der ein entsprechender Wertekanon zugrunde liegt, das Zusammenleben im Netz geregelt werden oder ist es dem virtuellen Netz angemessener, wenn weniger die Nationalstaaten als vielmehr eine Selbstregulierung in der Netzanwendung für den Schutz der globalen gesellschaftlichen Normierung verantwortlich ist? Wer sollte in diesem Fall die Durchsetzung der verabredeten Normen verantworten und die Einhaltung kontrollieren? Auch das Internet ist kein rechtsfreier Raum, und für die Einhaltung der Menschenrechte sind die Nationalstaaten zuständig.

Der Aufbau alternativer Netze zur Aufweichung der Monopole, Anonymisierungsdienste und Verschlüsselungstechniken werden gefordert und insbesondere die Aufklärung über diese Möglichkeiten, um den Zugang zum Internet frei zu ermöglichen, aber gleichzeitig die Vertraulichkeit und den Schutz der Grundrechte sicherzustellen. Aber selbst da ist Peter Franck, stellv. Vorsitzender des Chaos Com-

4 <http://www.open-enquete.de/>

puter Club, vorsichtig: „Verschlüsselungstechnologien können nur helfen, wenn sie mit gleichem Recht und überhaupt durch das Netz geleitet werden.“ Klar ist, dass die Leitungen reguliert werden können, sodass einige Daten schneller übermittelt werden als andere. Die Diskussion um die Vorratsspeicherung ist müßig vor dem Hintergrund, dass Mechanismen für eine Überwachung im und durch das Internet längst Realität sind. Wesentlich sind eine proaktive Kommunikation der Risiken, die bei der Internet-Nutzung entstehen sowie die Schaffung eines entsprechenden Bewusstseins. Allein den Zugang zum Internet schaffen, reicht nicht aus.

Auch die Diskussion des zweiten Panels, an dem Vertreter von Organisationen aus der Netzpolitik in Deutschland teilnahmen wie PolitCamp e.V., D64-Zentrum für Digitalen Fortschritt, Digitale Gesellschaft oder cnetz – Verein für Netzpolitik, machte deutlich, dass es in den Diskussionen um das Internet nicht mehr um technische Entwicklungen geht, sondern um Themen der gesellschaftlichen Verantwortung des Internets. Die größere Freiheit, die das Internet bietet, bedingt ein Mehr an Verantwortung. Die Herausforderung besteht darin, die Bürgerinnen und Bürger nicht nur in die Lage zu versetzen, durch technische und andere Voraussetzungen das Internet nutzen zu können, sondern darin, sowohl seine Vorteile zu erkennen als auch von seinen Gefahren zu wissen – kurz, Informationskompetenz zu vermitteln. Wie wichtig dies ist, zeigte sich in einer weiteren Diskussionsrunde, die Jugendliche aus verschiedenen Jugendorganisationen in Deutschland zu Wort kommen ließ. Sie hatten bereits am Vortag an einem ersten Jugend-IGF teilgenommen und über Urheberrechte, Datenschutz und das Vergessen im Internet (bzw. das Niemals-Vergessen des Internet) diskutiert. So eindrucksvoll das selbstbewusste Auftreten der Vertreter dieser Generation war, so erschreckend waren auch ihre Naivität und ihre Unkenntnis dem Medium Internet gegenüber und ihr Unwillen, ihre selbstverständliche Akzeptanz der Angebote des Internets zu reflektieren – in der Annahme, dass freizügig eingereichte Informationen über youtube oder facebook schon nicht missbraucht würden. Auch für diese Zielgruppe, die häufig als die versierteste Nutzergruppe von Internet-Angeboten betrachtet wird, können Bibliotheken, was Informationskompetenz betrifft, noch sehr viel tun.

Was sind nun die Anregungen, die aus Berlin nach Baku getragen werden sollen?

1. Vor der Einführung neuer Technologien soll die Kompatibilität zwischen Interessen von Privatwirtschaft und Staaten zur Wahrung der Menschenrechte sichergestellt werden.
2. Freiheit und Sicherheit im Internet sind keine Gegensätze und sollen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

3. Selbstverantwortung im Umgang mit dem Internet muss gestärkt werden, indem das Bewusstsein dafür geschaffen werden muss und dies Thema bereits in die Ausbildung junger Menschen integriert werden sollte. Die Vorteile und auch Grenzen und Gefahren des Internets müssen durch eine Sprache, die verständlich ist, vermittelt werden.
4. Die Einführung neuer „Toplevel-Domains“ (das sind insgesamt 245 Endungen von URLs, beispielsweise .de oder .com), die derzeit vorbereitet wird, sollte sich am Gemeinwohl orientieren und nicht an privatwirtschaftlichen Interessen.

Internet Governance Forum, Cyber Security, Netzpolitik international – das klingt nicht gerade nach bibliotheksnahen Themen. Meinungsfreiheit, Sicherung der Privatsphäre bei der Internet-Nutzung und insbesondere der bewusste und gekonnte Umgang mit der Informationsfülle des Internet sind allerdings allemal Themen, die die Bibliotheken interessieren und betreffen. Daher müssen sich auch bei Diskussionen, wie sie beim igf-D stattfanden, Bibliothekare einmischen, haben sie doch häufig bereits viel mehr Erfahrungen und Kenntnisse, was Informationskompetenz und ihre Vermittlung betrifft als viele andere. Es ist nicht einfach, Bibliotheken und ihre Aufgaben in diese Diskussionen zu tragen. Es ist aber dringend nötig, die Aktivitäten des internationalen Bibliotheksverbandes IFLA auf diesem Gebiet auf nationaler Ebene zu unterstützen.

Auf dem Internet Governance Forum 2011 in Nairobi, Kenia, organisierte IFLA gemeinsam mit EIFL (Electronic Information for Libraries)⁵ einen Workshop zum Thema „Verstehen Politiker die Rolle von Bibliotheken, um das Internet als Katalysator für Entwicklung, Innovation und Freiheit voranzubringen?“ Der Workshop kann komplett auf dem Youtube-Kanal⁶ von IGF nachverfolgt werden. Zugrunde lag eine Studie zur Wahrnehmung Öffentlicher Bibliotheken in sechs afrikanischen Ländern, die ein sehr traditionell geprägtes Bild von Bibliotheken wiedergab. Bibliotheken wurden nicht als Partner für Entwicklungen auf den Gebieten Gesundheit, Bildung, Kinder und Jugend, Landwirtschaft und Beruf wahrgenommen. Die Kampagne wollte die Aufmerksamkeit auf das Potenzial Öffentlicher Bibliotheken in Entwicklungsländern lenken, um Entwicklungen und die Umsetzung der Millennium-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen voranzubringen. Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass Bemühungen um einen Entwicklungsprozess in Ländern der Dritten Welt stärkeren Rückhalt und Chancen auf Umsetzung haben, wenn sie an bereits bestehende Einrichtungen vor Ort angesiedelt werden. Die Kampagne möchte darauf aufmerksam machen, dass die rund 230.000 Öffentlichen Bibliotheken, die es in Entwicklungs- und Transformationsländern bereits gibt, als Anlaufstellen und Plattformen für die Entwicklungsbemühungen stärker

5 <http://www.eifl.net/>

6 <http://www.youtube.com/user/igf#p/u/4/YvqKLC5LP1g>

genutzt werden sollten. Die Beyond Access Kampagne⁷ möchte Bibliotheksmitarbeiter, Politiker und Entscheidungsträger ermutigen, die Öffentlichen Bibliotheken auch für diese Zwecke stärker zu nutzen. Als Ergebnis des Workshops wurde die Einrichtung einer „Dynamic Coalition on Public Access in Libraries“ vereinbart, die vom Sekretariat des Internet Governance Forum bestätigt wurde. Der internationale Bibliotheksverband IFLA und EIFL sind die Organisatoren. Es wurde eine Mailingliste PAL-DC (Public Access in Libraries – Dynamic Coalition) eingerichtet, die zu dem Austausch zwischen Bibliotheksvertretern, Nutzern, Entscheidungsträgern, Politikern und dem ICT-Sektor beitragen soll.

Selbstverantwortung im Umgang mit dem Internet stärken, Informationskompetenz in die Schulpläne und außerschulische Bildungsangebote beispielsweise von Bibliotheken integrieren – Bibliotheken sind gefragt und müssen ihre gesellschaftliche Aufgabe und Pflicht wahrnehmen, in diesen Bereichen noch stärker aktiv zu werden. Dazu gehört auch, sich in Diskussionen dieser Art einzubringen. Wenn sich das europäische Internet Governance Forum im Juni in Stockholm treffen wird, sind Bibliotheksvertreter aus der IFLA und den Bibliotheksverbänden vor Ort dabei. Die Vorbereitungen für eine Teilnahme des internationalen Bibliotheksverbandes und Durchführung eines weiteren Workshops in Baku laufen. Auf der Berliner Tagung wurde die Frage gestellt, wann endlich die Zivilgesellschaft auf den IGF zu Wort kommen wird und die Diskussionen nicht von kommerziellen Eigeninteressen oder politischen Interessen bestimmt werden. Wenn Bibliotheken ihre Rolle in der Gesellschaft heute verantwortlich wahrnehmen wollen und die Interessen und Rechte ihrer Nutzer vertreten möchten, dann sind sie in dieser Diskussion dringend vonnöten.

7 <http://www.beyondaccess.net/>